

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Ein neues Stadtquartier „Waldstadt“?**

Das Berner Architekturbüro Bauart hat bereits vor einiger Zeit eine Idee lanciert und dafür jetzt auch prominente politische und wirtschaftliche Unterstützung erhalten: die Waldstadt. Eine Waldstadt, mit Wohnungen für 10'000 Einwohner, soll einst im „Bremer“ entstehen, hinter dem Länggassequartier, zwischen Bremgartenstrasse und Autobahn. Eine faszinierende Idee für die einen, veraltete Bubenräume aus den 60er-Jahren für die anderen. So das Echo bereits vor über einem Jahr an einer öffentlichen Diskussion des Architekturforums Bern zu diesem Projekt. Die Meinungen gehen dabei erwartungsgemäss weit auseinander. Die Politik konnte sich bisher nicht dazu äussern.

### *Wald als Stadtrand, Erholungsgebiet oder als Entwicklungsreserve?*

Bauen im vorgesehenen Waldgebiet birgt zweifellos die Gefahr einer Vernichtung des klaren Stadtrands und einer zusätzlichen Zersiedelung des dahinter liegenden Gebietes. Das Waldstadt-Projekt steht diesbezüglich jedoch nicht allein. Bekanntlich wurde westlich dieses Standortes ein beträchtlicher Waldteil sogar von der Stadt als neuer Standort für Neubauten der Kehrriechverbrennungsanlage, des Feuerwehrgebäudes und nun auch als Werkhof für das Tiefbauamt ausgewählt. Immer in der Annahme, Wald könne grundsätzlich – wenn auch an einem anderen Standort – ersetzt werden. Dennoch stellt sich die Frage, eignet sich der Standort für ein neues Quartier?

Stadterweiterung mit transparenter und öffentlicher Stadtentwicklungsdiskussion!

Da Planung eine öffentliche Aufgabe ist müssen derart wichtige stadtentwicklungspolitische Themen in einem möglichst frühen Stadium öffentlich und transparent diskutiert werden:

- Mit welchen Entwicklungsperspektiven und Infrastrukturvoraussetzungen ist die Schaffung eines neuen Quartiers sinnvoll?
- Welche Standortanforderungen müssen für ein neues Quartier erfüllt sein und welche Standorte innerhalb der Stadt und der Region Bern wären dazu am besten geeignet?
- Wie weit ist und soll der „Bremer“ räumlich für Bauten überhaupt verfügbar sein?
- Werden dabei auch die Ergebnisse der sog. „Ideenkonkurrenz“ des Vereins Region Bern (VRB) berücksichtigt?

Der Gemeinderat wird gebeten

1. in einer ersten Phase einen Prozess einzuleiten und die oben gestellten Fragen in einer breit angelegten öffentlichen Diskussion unter Einbezug der Bevölkerung, aber auch der entsprechenden Berner Fachverbände zu klären
2. für die späteren Phasen im Falle einer Weiterverfolgung des „Waldstadt-Projektes“ oder eines anderen Standortes für ein neues Stadtquartier – im Interesse der bestmöglichen Stadtentwicklungsqualität – konsequent öffentliche Wettbewerbe auszuschreiben
3. dem Stadtrat die Ergebnisse in Form eines Berichts zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Bern, 31. Mai 2007

*Postulat Fraktion SP/JUSO* (Gisela Vollmer, SP), Ursula Marti, Markus Lüthi, Andreas Zysset, Beni Hirt, Miriam Schwarz, Rolf Schuler, Beat Zobrist

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat teilt die im Postulat vertretene Auffassung, dass wichtige Diskussionen zur räumlichen und baulichen Stadtentwicklung Wohnen anstehen. Die Grenzen der baulichen inneren Verdichtung werden sichtbar, müssen ausgelotet und eine adäquate Planungsstrategie zur Befriedigung der mittel- und langfristigen Bedürfnisse, vor allem der gewünschten und zu erwartenden Zunahme der Einwohnerzahl, entworfen werden.

Ein neues Stadtquartier im Wald („Waldstadt Bremer“) müsste im Rahmen dieser Gesamtstrategie diskutiert und beurteilt werden, allerdings erst, nachdem die theoretische resp. rechtliche Machbarkeit eines solchen Anliegens geklärt ist (vgl. auch Antwort auf das Postulat Reto Nause (CVP) vom 25. Januar 2007: „Zur Planung der Waldstadt „Bremer“- Bern braucht städtebauliche Impulse!“).

Der Gemeinderat ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

#### Folgen für das Personal und die Finanzen

Zurzeit sind ausser internen Planungskosten keine Folgekosten zu gewärtigen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 12. März 2008

Der Gemeinderat